

Jetzt geht's um Gerechtigkeit!

Heute haben die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen für die Tarifrunde 2025/2026 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder beschlossen:

1. Erhöhung der Tabellenentgelte um 7 Prozent, mindestens aber um 300 € monatlich
2. Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 200 € monatlich
3. Erhöhung aller Zeitzuschläge in § 8 Abs. 1 TV-L um 20 Prozentpunkte
4. Laufzeit (außer Zeitzuschläge): 12 Monate
5. zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamt:innen und Versorgungsempfänger:innen

„Steigende Preise für Energie, Wohnen und Gesundheit treffen alle Beschäftigten hart“, betonte Christian Ehringfeld, stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP – zuständig für Tarif.

„Besonders die direkt betroffenen Tarifbeschäftigten in den Personalverwaltungen der Polizeien, in der Informations- und Kommunikationstechnik oder bei den Wachdiensten – und indirekt auch die Beamt:innen – halten doch den Laden am Laufen. Aber sie hinken beim Einkommen seit Jahren hinterher. Diese Gerechtigkeitslücke muss endlich geschlossen werden!“

Ehringfeld weiter: „Eine starke Einkommenserhöhung ist kein Luxus, sondern notwendig, um die Kaufkraft zu sichern und den öffentlichen Dienst der Länder konkurrenzfähig zu halten. Gute Arbeit verdient gute



Christian Ehringfeld, Tarif-Vorstand der GdP

Bezahlung – und zwar jetzt. Wir brauchen endlich ein deutliches Signal der Wertschätzung, nicht nur warme Worte.“

Die Absicht der Arbeitgeber, jede Tarifierhöhung mit Stellenabbau oder Einsparungen zu verrechnen, nannte Ehringfeld „ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten. Meine Kolleginnen und Kollegen setzen täglich ihre Gesundheit und ihr Engagement für die innere Sicherheit ein. Wer hier kürzt, gefährdet nicht nur faire Löhne, sondern auch die Funktionsfähigkeit des Staates selbst.“

„Wir fordern: Löhne rauf, damit es respektvoll, fair und gerecht zugeht.“

Tarifinfo 7/2025 – 17.11.2025



Gewerkschaft
der Polizei

LÖHNE RAUF
— SONST ZAHL'
ICH DRAUF.